

DPG-Rundbrief – Juni I 2020

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Leserin, lieber Leser,

Der **Bundesaußenminister Heiko Maas** reist nach Israel, darf nicht nach Ramallah [Israel fordert, Maas müsse, wenn er nach Ramallah reisen würde, bei seiner Rückkehr nach Israel zwei Wochen in Quarantäne!] und will mit der neuen israelischen Regierung über die geplante Annexion besetzter Palästinensergebiete sprechen. Sollte er Israel davon abhalten, die Annexionspläne umzusetzen, so wäre seine Nominierung für den **Friedensnobelpreis** so gut wie sicher! Aber daraus wird nichts, weil Netanjahu mit Hilfe der Trump-Administration und mit der Macht der Stärke ganz Palästina haben will – am aller liebsten ohne die Palästinenser. Und die NAKBA wird fortgesetzt!

Immerhin kritisieren Grüne und LINKE die durch israelischen Druck erzeugten Reisepläne scharf. Der GRÜNE Bundestagsabgeordnete **Omid Nouripour** sieht dadurch zu Recht die „Glaubwürdigkeit von Maas` Botschaft unterminiert“ und selbst der LINKEN-Außenpolitiker **Gregor Gysi** bezeichnet die Pläne als „einseitig und falsch“.

Im Schatten der Corona-Pandemie, wo alle Länder mit sich selbst beschäftigt sind, plant die neue israelische Regierung Teile der West-Bank (Jordan-Tal) zu annektieren und die Siedlungen unter israelische Hoheit zu stellen. Was in Jerusalem, in der West-Bank, im Jordan-Tal, und in Gaza passiert ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein eklatanter Verstoß gegen das Menschen- und das Völkerrecht. Zunehmend wird von aktiven und ehemaligen hochrangigen Politikern in Europa und sogar von zahlreichen israelischen ehemaligen Ministern, Generälen, Geheimdienstchefs und Wissenschaftlern davor gewarnt, dass Israel nach Realisierung der Ankündigungen real ein Apartheidstaat sein würde. Verbunden mit einer noch härter unterdrückten palästinensischen Bevölkerung, denen nicht nur keine wirksamen Rechte zustehen, sondern auch die wirtschaftlichen Grundlagen weiter erschwert werden durch neue Checkpoints, Landkonfiszierung und Erschwernis zu den verbliebenen zersiedelten Märkten.

Vielen Dank den vielen Spendern, die schnell unsere Spendenaufrufe unterstützt haben. Die eingegangenen Spenden werden zu 100% an die jeweilige Institution weiter geleitet. Für die Abwicklung der notwendigen Buchführung und Erstellung der Spendenbescheinigungen bedanken wir uns bei unserem **Schatzmeister Dr. Ribhi Yousef**.

1. 550,00 EUR - Projekt „Kinderseelen – Verwurzelt in Palästina – Palästinensischen Stimme e.V.

In dem Projekt „Kinderseelen – Verwurzelt in Palästina“ geht es um das Gedenken an die durch die israelischen Angriffe getöteten palästinensischen Kinder und Babys, besonders in Gaza. Kinder kommen auf dramatische Art und Weise in Palästina, besonders in Gaza, ums Leben: Beim „March of Return“ sterben Kinder und Jugendliche an den Schüssen oder den Folgen der Schüsse israelischer Scharfschützen. Mangels medizinischer Versorgung sterben viele weitere Kinder, die an Krebs erkrankten. Um all diesen Kindern zu gedenken, möchten wir einer jeden dieser Kinderseele als Zeichen der Erinnerung einen Olivenbaum in Gaza pflanzen lassen.

2. 500,00 EUR - Hilfe für das Al-Awda-Krankenhaus in Gaza

Angesichts der ersten Coronafälle im Gazastreifen, die eine große Gefahr für die dort lebende Bevölkerung darstellen, hat das Palästinakomitee-Stuttgart in einem Aufruf in 6 Sprachen um Spenden für das Al-Awda-Krankenhaus im Flüchtlingslager Jabaliya im nördlichen Gazastreifen gebeten.

3. 13.326,00 EUR - Medizinische Beinprothese für einen Hirten

Der von einem israelischen Kolonisten angeschossene palästinensische Hirtenbeduine Suleiman Rahayla, dessen Bein amputiert werden musste, bekommt dank Ihrer/eurer Spende die notwendig gewordene Beinprothese. Übrig gebliebenes Geld wird ähnlich gelagerten Fällen unter der Federführung von **Prof. Heiner Schmitz** zur Verfügung gestellt.

4. Projekt Studenten Hilfe (1000 Euro)

Frau Botschafterin Khouloud Daibes hat uns um Unterstützung gebeten. Es geht um hier in Deutschland palästinensische Studierende, die infolge der Corona-Einschränkungen ihre Nebentätigkeiten verloren und von ihren Angehörigen keinerlei Unterstützung erhalten können. Selbst wenn sie die avisierte Möglichkeit des BAFÖG erhalten sollten, müssen sie für Miete und Lebensunterhalt jetzt aufkommen.

Spendenkonto

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre volle Anschrift an, damit wir in der Lage sind, Ihnen eine Spendenquittung zukommen zu lassen

DIE LINKE, als bisher einzige Bundestagsfraktion verurteilt die Pläne der israelischen Regierung Netanjahu/Gantz, Teile des Westjordanlands zu annektieren und fordert entsprechende Konsequenzen wie die Aussetzung des Assoziierungsabkommens.

Nein zur Annexion des Westjordanlandes

Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Juni 2020

Die angestrebte Enteignung und Annektierung von palästinensischem Land im Jordantal würde der palästinensischen Bevölkerung die Verwaltung, Gesetze und Rechtsprechung Israels aufzwingen, ohne dass die Betroffenen die israelische Staatsbürgerschaft erhalten würden. Ein solcher Schritt hätte zudem dramatische Folgen für das gesamte gesellschaftliche Leben in den besetzten palästinensischen Gebieten und würde die bereits jetzt schon äußerst angespannte Menschenrechtssituation zusätzlich verschärfen.

Dies wären ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht und ein unwiderruflicher Schlag gegen eine Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967.

Darüber hinaus droht die Annexion die Konflikte in der Region neu zu entfachen. Die rechte Netanjahu/Gantz-Regierung möchte im Windschatten der Corona-Krise und mit der Zustimmung der Trump-Administration noch vor den US-Präsidentenwahlen im November 2020 in der Region Fakten schaffen.

Eine Annexion von besetztem Gebiet verstößt gegen mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, darunter die Resolutionen 242(1967), 478(1980) und 2334(2016).

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Annexionspläne gegenüber der israelischen Regierung und im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im UN Sicherheitsrat zu verurteilen und darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union mit einer gemeinsamen Stimme die Annektierungspläne der israelischen Regierung zurückweist.

Für den Fall, dass die israelische Regierung die Annexion beschließt, setzt sich DIE LINKE dafür ein, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel, das auf der Osloer Friedensvereinbarung von 1993 beruht, auszusetzen. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, diese Positionen auch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im UN Sicherheitsrat, im UN Menschenrechtsrat sowie ab 1. Juli 2020 innerhalb der EU-Ratspräsidentschaft vorzubringen.

Verweigert die israelische Regierung eine gerechte Zweistaatenlösung, in denen jeweils gleichberechtigte Bürger leben, so fordert DIE LINKE gleiche Bürgerrechte für Palästinenser und Israelis. In jedem Fall gilt für DIE LINKE weltweit, überall und zu jeder Zeit: In jedem Land sollen alle Bewohner gleiche Rechte genießen – unabhängig von ihrer Religion, Sprache oder ethnischen Zugehörigkeit.

Ebenfalls bekräftigt DIE LINKE im Falle einer Annexion ihre Forderung, die militärische Kooperation mit Israel einzustellen. Zur Förderung des Friedens in der Region fordert DIE LINKE seit langem: Die Bundesregierung muss die militärische Zusammenarbeit mit allen Staaten im Nahen Osten beenden. Das schließt die Beendigung der Rüstungsexporte in die Region und den Abzug der dort stationierten Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten ein.

Gleichzeitig fordert DIE LINKE die Bundesregierung dazu auf, sich für das israelische und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht einzusetzen, den Staat Palästina anzuerkennen und seine Aufnahme in internationale Organisationen zu unterstützen. Ein solcher Schritt wäre die klarste Unterstützung für die auf Ausgleich bestrebten Teile der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft.